

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt:
Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Tele-
fon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-,
Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Aus-
wertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich
DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung:
Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BIG 828 00)

11. September 1968 - 73 / II

Einzelpreis DM 0.75

SEITE 3: DIE KUNDSCHAFT DES HERRN SCHMUCKER

SEITE 5: MENSCHENRECHTS-VERLETZUNG IM FALL PAWLA

SEITE 6: WEM GEHÖRT DIE FRANKFURTER BUCHMESSE ?

SEITE 11: MATERIALIEN ZU EINER PROGRESSIVEN ARCHITEKTEN-AUSSTELLUNG

SPD: BRANDT MUSS SEINE POLITIK VERTEIDIGEN

Bundesaußenminister Brandt wird sich am kommenden Dienstag (17. September) vor dem Landesausschuß der Westberliner SPD für seine Absicht, die "Friedens- und Entspannungspolitik der Bundesregierung" fortsetzen zu wollen, "verantworten" müssen. Das ist das Ergebnis einer mehr als dreistündigen Debatte des SPD-Landesausschusses am Montag dieser Woche. Westberlins SPD-Vorsitzender Schütz, der nach langem Zögern auf die Brandtsche Linie eingeschwenkt ist, hatte dem Landesausschuß eine Vorlage zugeleitet, mußte sie aber wegen harten Widerstandes von rechts zurückziehen. Der Bundestagsabgeordnete Klaus Peter Schulz und der ehemalige Landesvorsitzende Kurt Mattick verwarfen die Vorlage, in der nach einer Verurteilung "der brutalen Unterdrückung der Freiheit in der CSSR" und der Feststellung einer "Verunsicherung der Lage Berlins durch die Intervention" eine "Fortsetzung der Entspannungspolitik" gefordert wird. Um die Vorlage zu retten, sprachen sich die Angehörigen der Mittelgruppe, Löffler und Stobbe, für eine Vertagung aus. Brandt soll nun "detailliert Rede und Antwort stehen".

Der Bundesvorsitzende hatte in der letzten Woche, als der Widerstand der SPD in Westberlin gegen seine Einschätzung der internationalen Lage wuchs, seinen neuen Bundesgeschäftsführer, Wischnewski, nach Westberlin entsandt. Wischnewski kam offiziell, um sich als "Minister zu verabschieden", hatte aber den Auftrag, für die Brandtsche Konzeption zu werben. Wie aus Bonn berichtet wird, hat sich die "Gruppe Brandt" (zu der vor allem Wischnewski, der Fraktionsgeschäftsführer Wienandt und Bundeswirtschaftsminister Schiller gehören) entschlossen, die "Flucht nach vorn" anzutreten. Die SPD müsse die von ihr initiierte Entspannungspolitik fortsetzen, da sonst neben außenpolitischen Folgen für die SPD katastrophale innerpolitische und innerparteiliche Rückschläge zu erwarten seien. Gegen diese Einschätzung lehnt sich ein großer Teil des Westberliner Landesverbandes auf. Er steht dabei in einer Front mit der CDU Westberlins, zu der Bundeskanzler Kiesinger seinen designierten Wahlkampfleiter Bruno Heck entsandte. Dabei gab es lautstarke Auseinandersetzungen, weil die Amrehn-Lemmer-Partei ganz auf die Linie der Strauß-CSU eingeschwenkt ist und gegen Kiesingers "schlappe Außenpolitik" opponiert. Sowohl Schulz von der SPD wie Amrehn von der CDU sehen die Bonner Ostpolitik als eine "schiefe Ebene", auf der Westberlin ständig abrutscht. Beide Gruppen verlangen, daß alle diplomatischen Möglichkeiten genutzt werden, die Alliierten unter Druck zu setzen, ein neues Statut für Westberlin zu verkünden, das "der Stadt endlich Sicherheit gibt". Da die Alliierten dazu neigen, alles beim Alten zu lassen,

sehen sowohl Kiesinger wie Brandt keine Möglichkeit, etwas - außer Verdrossenheit - zu erreichen.

Sowohl die Verfechter einer "ganz neuen, harten" Ostpolitik als auch die Brandt-Kiesinger-Gruppe sind der Auffassung, daß die Sowjetunion nach ihrer Intervention "geschwächt" sei; die eine Gruppe zieht daraus aber den Schluß, daß man daher "jetzt Ruhe in Berlin" haben werde, wenn man selbst stillhalte; die andere Gruppe möchte "den Schock im Westen und die Schwäche im Osten" nutzen, den "gewachsenen Status der Stadt" zu legalisieren, was sowohl von Brandt wie von Kiesinger als Hasardspiel eingeschätzt und daner verworfen wird.

HUMANISTISCHE UNION: STRAFANZEIGE GEGEN LEMMER

Unter Hinweis auf eine im EXTRA-Dienst (68/II) veröffentlichte Tonbandaufzeichnung der Lemmer-Rede vor dem Rathaus Schöneberg stellte die Westberliner Humanistische Union am gestrigen Dienstag Strafanzeige wegen des Verdachts der Aufforderung zu strafbaren Handlungen und der Anstiftung zur Körperverletzung. Der Generalstaatsanwalt soll ferner prüfen, ob sich der CDU-Politiker der Volksverhetzung schuldig gemacht hat. Zu diesem Zweck soll der Generalstaatsanwalt die Aufhebung der Immunität Lemmers als Bundestagsabgeordneter und als Mitglied des Abgeordnetenhauses beantragen. Lemmer hatte "die Berliner" aufgefordert, dafür zu sorgen, "daß mit diesen Burschen bald Schluß gemacht wird". Mit "diesen Burschen" waren APO-Anhänger gemeint.

KOLONIALISMUS: BIAFRANER UND NIGERIANER AN EINEM TISCH

Eine Informationsveranstaltung im Westberliner Republikanischen Club am vergangenen Montag brachte ein als "sensationell" bezeichnetes Ergebnis: Anwesende Biafraner und Nigerianer erklärten sich bereit, in einem ad hoc gegründeten Arbeitskreis mitzuarbeiten, der sich mit dem gesamten Problem Biafra beschäftigen will und vor allem die Rolle der Ölgesellschaften im Biafra-Krieg untersuchen wird. Übereinstimmend wurde von Biafranern und Nigerianern erklärt, der Biafra-Krieg sei eine Folge von Kolonialismus und Neokolonialismus. Der Arbeitskreis trifft sich heute, 11. September, erneut im Republikanischen Club. Er lädt Interessenten zur Mitarbeit ein.

TIMES: "LINKER BOMBEN-TERROR IN GANZ EUROPA"

Wie die Londoner "Times" berichtet, behauptet eine Gruppe von Spezial-Detektiven der englischen Politischen Polizei, Hinweise auf eine militante Verschwörung gefunden zu haben, die sich über England, die Bundesrepublik und Westberlin, Frankreich und Italien erstreckt. Absicht dieser militanten Gruppe soll es sein, wichtige Einrichtungen und Gebäude in den Großstädten einzunehmen und zu zerstören. So sollen schon zahlreiche Molotow-Cocktails vorbereitet und ein vollständiges Waffenarsenal angelegt worden sein. In London soll der "Tag X", an dem die geheimnisvolle Organisation zuschlägt, der 27. Oktober sein: der Tag internationaler Vietnam-Demonstrationen. Allein in London werden zwischen fünfzig- und hunderttausend Demonstranten erwartet. Wie die Polizei-Detektive behaupten, basierten die Pläne der Bombenwerfer auf der Tatsache, daß an diesem Tag etwa 6000 Londoner Polizisten wegen der Demonstration im Einsatz sein werden, so daß man die Bewachung öffentlicher Gebäude vernachlässigen wird. Nach "Times" befürchtet das Londoner Home Office und Scotland Yard, daß mehrere Tage nötig wären, "um die Terroristen wieder zu vertreiben", falls deren Plan Erfolg hätte. Alle diese Behauptungen bleiben ohne konkrete Beweise oder auch nur Andeutungen von Beweisen. Wie der in London erscheinende "Liberation News Service Europe" (der linken Studentengruppen, darunter auch militanten Organisationen in den USA, nahesteht) feststellt, ist die "Times"-Story ohne jede Substanz. "Das einzige konkrete Resultat dieses Presse-alarms dürfte sein, daß ein verstörtes Establishment den 100 000 Demonstranten das Recht zu ihrem Marsch im nächsten Monat entzieht. Schon am 5. September verlangte ein Labour-Abgeordneter im Unterhaus, daß der Marsch verboten wird". In Londoner APO-Kreisen nimmt man an, daß es möglicherweise durch eine gezielte Verleumdungskampagne der Polizei tatsächlich zu einem Verbot kommt. Man werde den Vietnam-Marsch dennoch stattfinden lassen. In Westberlin wird wahrscheinlich ebenfalls am 27. Oktober, dem Internationalen Vietnam-Tag, eine Demonstration stattfinden.

IM EINKAUF LIEGT DER SEGEN / VON MARTIN BUCHHOLZ

"Kiss me - I am a liberal": Diesen Pop-Knopf hat sich mancher FDP-Mann stolz an die Brust geheftet. Die Welt um einen wird plötzlich so frei und demokratisch, trägt man dieses schmucke Prädikat "liberal" am Jackett. Eine Zierde für den aufrechten Mann: So schmuck, schmucker gehts nicht. Eine Zierde andererseits auch für die Partei, so ein Schmucker. Verständlich, daß man ihn in den Landesvorstand wählt, ihn vor Fernsehcameras diskutieren läßt und in der Öffentlichkeit immer mehr in den Vordergrund schiebt. Die Leute sollen sich diesen Namen merken: Justus Schmucker. Ein liberaler Westberliner Politiker, der für die Anerkennung der DDR eintritt, der offen Sympathien für revoltierende Studenten äußert, der sogar für den Gedanken der erweiterten Mitbestimmung eintritt. Immerhin kein Normalfall - auch nicht in der Westberliner FDP. Welch eine Freude muß es sein, unter diesem Mann zu arbeiten: Denn natürlich hat er nicht nur eine politische, sondern auch eine berufliche Position. Justus Schmucker ist Geschäftsführer der "Metro-Selbstbedienungs-Großmärkte GmbH und Co. KG" in Westberlin. Ihm unterstehen immerhin 275 Angestellte und Arbeiter. In einem solchen Großhandelsunternehmen ließe sich der Gedanke von der Mitbestimmung der Arbeitnehmer recht anschaulich demonstrieren, sollte man meinen. Herr Schmucker setzt sich ja als Politiker dafür ein. Doch auch in der Brust eines Liberalen können, ach, zwei Seelen wohnen: In dem von Schmucker geleiteten, seit zwei Jahren bestehenden Betrieb gibt es bis heute nicht einmal einen Betriebsrat. Es gab zwar einmal eine Unterschriftensammlung zur Bildung eines Betriebsrates. Es kamen auch 98 Unterschriften zusammen: Doch wenige Tage darauf wurde die Initiatorin dieser Sammlung, Frau W., fristlos entlassen. Der Arbeiter Dieter M. mußte ebenso wie mancher andere Gewerkschafter den Schmucker-Großmarkt verlassen. Er hatte eine Erklärung abgegeben mit dem Inhalt: "Ich bin damit einverstanden, daß ich bei einer Betriebsratswahl als Wahlvorstand eingesetzt werde." Am nächsten Tag schon wurde er unter einem Vorwand hinausgeworfen. Bis heute haben die Betriebsangehörigen nicht gewagt, erneut eine Interessenvertretung zu fordern. Zwar gibt es ein Betriebsverfassungsgesetz, das einen Betriebsrat bindend vorschreibt und jeden, der dessen Gründung und Arbeit verhindern will, mit Gefängnis bedroht, doch gelten solche Bestimmungen offensichtlich nicht für einen liberal geführten Betrieb.

Die Kunden der "Metro" interessieren solche internen Probleme ohnehin nicht. Für sie ist nur der Vorteil wichtig, praktisch alle Waren zum Großhandelspreis einkaufen zu können. Allerdings richtet die "Metro" in einem Prospekt "ein offenes Wort" an ihre Kunden: "Wir verkaufen nur an Einzelhändler und Wiederverkäufer! Verbraucher haben keinen Zutritt! Unsere Kontrollen sind scharf! Ausnahmen und Kompromisse gibt es für uns nicht!" Das sind offene Worte aufrechter Männer, Männer wie Justus Schmucker. Welch eine Freude muß es sein, bei ihm einkaufen zu dürfen, wenn man dürfte. Doch die Kontrollen sind scharf, man weiß das jetzt. So scharf wie beispielsweise die Kontrollen des Bauaufsichtsamtes, der Gewerbepolizei und sonstiger Ordnungshüter. Diese Instanzen müssen sich übrigens - ganz routinemäßig, versteht sich - auch bei der "Metro" in der Sickingenstraße in Tiergarten darum kümmern, daß alle Sicherheits- und sonstigen Vorschriften von der Geschäftsführung befolgt werden. Eine Vorschrift der Baupolizei und Bauaufsicht lautet beispielsweise, daß alle Notausgänge stets freizuhalten sind. Und siehe da, kaum kommt die überraschende Stichprobenkontrolle der Behörde, sind alle Ausgänge schon eine halbe Stunde vorher von Regalen, Kisten und Lagerbeständen freigeräumt. Liberale haben eben einen siebenten Sinn. Und die Kontrolleure haben einen "Metro"-Einkaufsausweis. So beispielsweise der zuständige Beamte im Bauaufsichtsamt Tiergarten, Herr Flißner, und auch sein Dienstherr, Baustadtrat Wurche (dessen Ausweis allerdings auf den Namen seiner Frau ausgestellt ist). Mit der Polizei kommt die "Metro" ebenfalls nie ins Gehege: Ob es sich um das zuständige Revier 23, um die Verkehrsstaffel, um die Kriminalinspektion, um die Polizei-Verwaltung oder um die Polizeigewerkschaft handelt, alle infrage kommenden Dienststellen sind mit "Metro"-Ausweisen versorgt: Offensichtlich sind Polizisten für Herrn Schmucker keine Verbraucher. Denn: "Ausnahmen und Kompromisse gibt es für uns nicht!" (Übrigens: EXTRA-Dienst

kann der Polizeiführung, sollte sie diese Praxis der Amtsaufsicht doch etwas merkwürdig finden, gerne die Kunden-Nummern nennen, unter denen die beteiligten Dienststellen in der "Metro"-Kartei geführt werden).

Für einige Polizeibeamte gibt es auch noch Sondervollmachten: Der zuständige Gewerbeschreiber vom Revier 23, Faber, und ein Oberkommissar Brauns von der Polizei-Verwaltung Levetzowstraße, ebenfalls für die "Metro"-Aufsicht zuständig, dürfen ihren Freunden und Bekannten Tageseinkaufs-Scheine zum einmaligen Besuch der "Metro" ausstellen. Nur in einem Fall wurde die Genehmigung nicht erteilt: Einer jener Bekannten zog aus Versehen bei der Kontrolle den falschen Ausweis aus der Tasche und wurde daraufhin in der liberalen Einkaufsstätte nicht bedient. Es war ausnahmsweise kein Polizei-, sondern ein Studenten-Ausweis, den er vorzeigte.

So liberal sind dort die Sitten. Blicke als einziges Rätsel, wieso sich die Gewerkschaftsführung gegenüber den Betriebspraktiken des Herrn Schmucker so tolerant zeigt. Doch wie so manches Rätsel bei der "Metro", läßt sich auch dieses durch einen Blick in die Kundenkartei leicht lösen: Dort ist unter der Nummer 59 556 einer der vielen Lebensmittelhändler-Ausweise registriert. Der Inhaber: Walter Sickert, 1 Berlin 33, Brahmsstraße 3. Ein "Händler", der zufällig Vorsitzender des DGB in Westberlin ist. In der Karteikarte ist unter der Rubrik "Unterlagen zur Art des Gewerbes" lediglich lapidar eingetragen: "laut Herrn Schmucker".

Dem wäre nur noch das "Metro"-Motto hinzuzufügen, das offensichtlich ein liberales Leitmotiv des Herrn Schmucker zu sein scheint: "Im Einkauf liegt der Segen!"

GROSS-GERAU: NOTSTANDS-SCHMITT BEKOMMT SPD-GEGNER

Der Vorkämpfer der Notstandsgesetzgebung in der SPD-Bundestagsfraktion, Hermann Schmitt-Vockenhausen, wird sich in den kommenden Monaten einer Kampagne in seinem Wahlkreis Groß-Gerau ausgesetzt sehen, die das Ziel hat, ihn nicht mehr für die SPD zu nominieren. Der Bundesvorsitzende des Liberalen Studentenbundes Deutschlands (LSD), Frank von Auer, ein Mitglied der SPD, will sich als Bundestagskandidat aufstellen lassen. Zahlreiche Untergliederungen der südhessischen SPD haben sich dafür ausgesprochen, Schmitt-Vockenhausen nicht mehr in den Bundestag zu entsenden.

HINWEISE DER REDAKTION

DER UNBRAUCHBAR GEWORDENE KRIEG heißt eine von Michel Anders im Mühlrain-Verlag (7 Stuttgart, Heinrich-Baumann-Straße 7 A) herausgebrachte 164 Seiten starke Publikation; eine Anthologie von Stimmen, die sich mit dem individuellen Widerstand gegen den Krieg auseinandersetzen. Die Autoren reichen (im Alphabet-Auszug) von Andreu über Bloch, Eggebrecht, Gollwitzer, Jaspers, Rapacki bis U Thant und Weizsäcker.

DER RC VIERSEN hat eine neue Adresse, die er mitzuteilen bittet. Sie lautet: Republikanischer Club c/o Matthias Kratz, 406 Viersen, Burgstraße 57, Tel. Viersen 12 704.

MITTEILUNGEN DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

DONNERSTAG, 12. 9., 20 Uhr: Arbeitskreis Bürokratie und Räte, Aussprache über die Winterarbeit.

FREITAG, 13. 9., 20 Uhr: Bauen in Westberlin. Informationsabend mit jungen Architekten anlässlich ihrer Ausstellung am Ernst-Reuter-Platz.

SONNABEND, 14. 9., 20 Uhr: Erich Fried aus London zum Thema "Anmerkungen zu Verhaltensmustern zwischen progressiver Intelligenz und Arbeiterklasse". Fried liest außerdem eigene Gedichte.

MITTWOCH, 18. 9., 20 Uhr: Manfred Bissinger von der Redaktion "stern" berichtet zum Thema "Revolution und Konterrevolution in der CSSR". Bissinger kehrte eben aus Prag zurück.

VIETNAM-AKTION: "GRÜNE TEUFEL" AUF DEM RÜCKZUG

Der amerikanische Vietnam-Propagandafilm "Die grünen Teufel" stößt nicht nur in München (EXTRA-Dienst 71/II) auf Ablehnung. In Herne erreichten Mitglieder des dortigen Republikanischen Clubs in Zusammenarbeit mit der Herner SPD durch einen Protest beim Ordnungsamt der Stadt die Absetzung des Hetzfilms. Die SPD-Zeitung "Westfälische Rundschau" fand bemerkenswerte Worte und nannte den Streifen einen "amerikanischen Kriegsfilm, der mit primitiven Durchhalteparolen und in grobschlächtiger Propagandamanner die amerikanische Kriegsführung in Vietnam glorifiziert... Angesichts der weltweiten Empörung über das sowjetische Eingreifen in der CSSR kann es Bürgern mit politischem Instinkt nicht gleichgültig sein, wenn man zur gleichen Zeit das amerikanische Napalmgemetzel gegen ein 17-Millionen-Volk als heroische Heldentat serviert bekommt. Wer dem amerikanischen Engagement gleichgültig oder rechtfertigend gegenübersteht - weil es ja kommunistische Frauen und Kinder sind, die da geschlachtet werden - hat jedes Recht verloren, lauthals gegen den 'Iwan' zu zetern oder sein christliches Gewissen mit Biafra-Spenden zu beruhigen."

In Hannover ist der Club Voltaire (ähnlich den Republikanischen Clubs in Westdeutschland organisiert) über bloßen Protest hinaus zur Aufklärung übergegangen. Mitglieder des Clubs sprechen Besucher des Streifens nach dem Verlassen des Kinos an und bitten sie zu einer (kostenlosen) Gegenfilm-Aufführung in den Club, wo "Mekong in Flammen", "Mr. Jackson klagt an" und andere Streifen aus Vietnam gezeigt werden. Wie aus Hannover berichtet wird, nehmen an den "Gegenfilm"-Aufführungen jeweils etwa 50 "Grüne Teufel"-Besucher teil. Pro Tag werden bis zu 150 Menschen erreicht.

FALL PAWLA: VERSTOSS GEGEN MENSCHENRECHTSKONVENTION

Der Angehörige der Kommune I, Karl-Heinz Pawla, wurde von einem Moabiter Schöffengericht im Schnellgerichtsverfahren unter Ausschluß der Öffentlichkeit und ohne Beisein eines Verteidigers zu einer Gefängnisstrafe von 10 Monaten ohne Bewährungsfrist verurteilt. Pawla hatte seine Schlußerklärung vor Gericht "Ich habe auf das Gericht geschissen" in die Tat umgesetzt und die Anklageschrift als Toilettenpapier verwendet. Die Verurteilung, die auch von Nicht-Kommune-Anhängern als politisches Terrorurteil bezeichnet wird, erfolgte wegen "öffentlicher Beleidigung und Gewahrsamsbruch". Der studentische Ermittlungsausschuß an der TU hat dazu erklärt: "Das Gericht ist der Forderung der Staatsanwaltschaft, ein Exempel zu statuieren, nachgekommen (Die Staatsanwaltschaft hatte ein Jahr Gefängnis ohne Bewährung beantragt. Die Red.). Diesen Einschüchterungsversuchen der Justiz muß mit angemessenen Mitteln begegnet werden... Die Richter betrachten als Skandal, daß auf unästhetische Weise Bedürfnisse vor Gericht erledigt werden; sie schicken aber anschließend die Straffälligen in Einmannzellen, in denen drei Mann untergebracht sind und wo auf einer Toilette ohne Deckel Bedürfnisse erledigt werden. Während die anderen essen. Solidarisiert Euch mit den 'Rechtsbrechern'." Das Einschüchterungsurteil hat auch in der bürgerlichen Presse Aufsehen erregt. Der sozialdemokratische "Telegraf" weist in einem Kommentar auf Strafmaß und Rechtsbrüche bei der Urteilsfindung hin. Wir dokumentieren den Kommentar im Faksimile:

Zweierlei Maß

Sp. Der Kommunist Pawla, der für einen in der deutschen Justizgeschichte ohne Beispiel dastehenden Skandal sorgte, muß für zehn Monate hinter Gitter. Wie der "Telegraf" berichtete, wurde ihm keine Bewährungsfrist bewilligt. Wir verurteilen Pawlas Tat ebenso wie andere, müssen aber doch die Frage stellen, ob dieses Urteil gemessen an anderen in Moabit gefällten nicht einer Überprüfung bedarf.

Am 30. Januar wurde ein 29-jähriger Kraftfahrer, der zwei Menschenleben auf dem Gewissen hatte, zu neun Monaten Gefängnis mit bedingter Straf-

aussetzung verurteilt. Ebenfalls neun Monate mit bedingter Strafaussetzung erhielt am 11. Juni ein 24-jähriger Kraftfahrzeugschlosser wegen Körperverletzung mit Todesfolge. An Stelle von 50-Tagen Gefängnis wurde am 3. Juni ein 27-jähriger Maurer wegen fahrlässiger Tötung mit einer Geldstrafe von 1000 DM bedacht. Am 31. Juli

verhandelte ein Verkehrsschöffengericht gegen zwei Autofahrer, durch deren Unaufmerksamkeit zwei alte Menschen getötet wurden. Das Urteil: je vier Monate Gefängnis mit Bewährung und eine Geldbuße von 800 DM. Am 8. August stand abermals ein Todesfahrer vor Justitias Schranken. Sein Opfer: eine 25-jährige Mutter von zwei

Kindern. Das Urteil: neun Monate Gefängnis mit Bewährung.

Der Eindruck läßt sich nicht ganz verwischen, daß ein Menschenleben weniger wert ist als die - zugegeben sehr grobe geschmälerte - Würde des Gerichtes. Noch ein Punkt stimmt nachdenklich: Pawla wurde aus einer Zelle geholt und verurteilt, ohne vorher noch einmal Kontakt mit einem Verteidiger aufnehmen zu können. Das stellt einen Verstoß gegen das Grundgesetz und die europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte dar. Die Menschenrechte sollten auch im Falle Pawla gelten, schon um den Eindruck zu vermeiden, daß die Justiz hier verfassungswidrig Rache geübt und mit zweierlei Maß gemessen hat.

WITZ DER WOCHE

Der auf Initiative eines Journalisten am 6. September in Frankfurt wegen Verdacht des Mädchenhandels verhaftete Westberliner Friedrich H. erklärte dem Zeitungsmann laut Springer-BZ: "Alles gelogen. Ich werde die Studenten in Berlin gegen Sie mobilisieren."

EXTRA-DOKUMENTATION

WEM GEHÖRT DIE BUCHMESSE? AUS ANLASS DER ERÖFFNUNG

Der Buchhandel ist in Bewegung geraten. Demonstrationen auf der letzten Messe in Frankfurt, gewerkschaftliche Organisation der Angestellten, bevorstehende Demonstrationen auf der in der kommenden Woche beginnenden Buchmesse. EXTRA-Dienst veröffentlicht wesentliche Auszüge einer Tonbandaufzeichnung, die am 25. August bei einer Diskussion mit Vertretern des Börsenvereins in der Westberliner Galerie Hammer gemacht wurde. Am Gespräch nahmen teil: Der Vorsteher des Börsenvereins, Dr. Friedrich Georgi, das Börsenverein-Vorstandsmitglied Dr. Cram, Prof. Wilfried Gottschalch und EXTRA-Dienst Redakteur Hannes Schwenger, sowie Diskussionsredner aus dem Publikum:

SCHWENGER: Wem gehört die Buchmesse? In einem Rundschreiben, das der Börsenverein des Deutschen Buchhandels am 13. August versandt hat, wird festgestellt, "die Frankfurter Buchmesse repräsentiert die Welt des Buches". Durch sie werde "nicht nur der Börsenverein und seine Ausstellungs- und Messe-GmbH, sondern der gesamte Berufsstand und alle seine Mitglieder wiederum im Blickfeld der Öffentlichkeit stehen". Dann ist in diesem Schreiben die Rede von "spektakulären Begleiterscheinungen der vorjährigen Frankfurter Buchmesse, die den Unwillen vieler Besucher und Beobachter erregt" haben. Und weiter heißt es: "Derartige Vorkommnisse, die dem Ansehen des Börsenvereins als der Berufsorganisation des Gesamtbuchhandels der in Frankfurt gastgebenden Bundesrepublik im Inland und auch im Ausland abträglich waren, dürfen sich nicht wiederholen. . . Wir bitten Sie, auch auf Ihre in Frankfurt anwesenden Mitarbeiter in diesem Sinne einzuwirken und Verständnis dafür zu haben, wenn schließlich zur Aufrechterhaltung des Messiefriedens Maßnahmen notwendig werden sollten, die der Einzelne vielleicht als Einschränkung persönlicher Freiheiten empfinden sollte. Die Frankfurter Buchmesse muß im Zeichen gegenseitiger Toleranz stattfinden, sie ist nicht der Platz für politische Auseinandersetzungen irgendwelcher Art, für Demonstrationen oder enthemmte Selbstdarstellungen."

Dazu gibt es zweierlei zu fragen: Es ist richtig, daß die Messe für die Öffentlichkeit den gesamten Buchhandel repräsentiert. Ausgerichtet aber wird sie vom Börsenverein, der nach den Worten des Verlegers Siegfried Unseld praktisch ein Unternehmerverband ist. Der Börsenverein erhebt auch selbst den Anspruch, diese Messe im Namen des ganzen Buchhandels auszurichten. Doch warum sind dann die Arbeitnehmer des Buchhandels nicht in den Messegremien vertreten? Die Messe gehört nicht nur ihren Veranstaltern. Gehört sie nicht auch ihrem Publikum? Jenem Publikum, das im vergangenen Jahr vor allem für die "Störungen" und "Vorkommnisse, die dem Ansehen des Börsenvereins abträglich waren", verantwortlich war? Schon hören wir, daß Herr Georgi damit gedroht hat, das Publikum im Falle neuer Störungen von der Messe auszuschließen. Darf denn das Publikum nur schweigender Konsument der dort ausgestellten Bücher sein? Darf es sich nicht äußern gegen die Stände faschistischer Länder wie Griechenland und Südafrika, gegen Stände von Springer-Firmen auf dieser Messe?

Schließlich wäre, im Zusammenhang mit der Messe, noch zu fragen nach dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. Auch er wird alljährlich auf der Messe angeblich im Namen des gesamten deutschen Buchhandels verliehen. Tatsächlich aber wird er vergeben von dem Unternehmerverband Börsenverein. Und wenn man sich die Preisträger und die Begründung der Preisvergabe genauer ansieht, dann wird das auch ganz deutlich. Da hat 1952 Romano Guardini den Friedenspreis bekommen, weil er "die friedliche Gesinnung einer echten Humanitas über alle Spaltung der Nationen, Konfessionen und Klassen

hinaus gefördert hat". Und 1955 wird Hermann Hesse ausgezeichnet, weil er "ohne ein Wort der Zeit zu sprechen, mitten in der Zeit wirkt und ein Leben menschlicher Freiheit und Verantwortung erfüllt". Thornton Wilder ist es 1957, weil er "in wirrer Zeit den Glauben an die geistigen Kräfte und die Bindung an höhere Mächte aufrecht erhalten hat." Genug der Beispiele. Dieser Preis, der dafür verliehen wird, daß der Preisträger die Klassengegensätze verwischen half, daß er aktuelle politische Stellungnahme vermieden hat, daß er durch die Bindung an höhere Mächte den Status quo der irdischen Mächte zementieren half - dieser Preis ist wahrhaft ein Preis der Unternehmer. Daß er 1967 an Ernst Bloch gegeben wurde, ist wohl eher ein Mißverständnis; denn Ernst Bloch ist gewiß ein Mann, der für das Wort der Zeit eintritt, der gegen die Verwischung der Klassengegensätze durch eine vage Humanitas spricht, und der auch in der Springer-Frage die Partei derer ergriffen hat, die der Börsenverein wegen ihrer Demonstrationen von der Messe werfen möchte. Weiß der Börsenverein überhaupt, welchen Frieden er meint, wenn er diesen Preis vergibt? Für den faulen Frieden der verwischten Klassengegensätze könnte er nicht auf den Beifall der Arbeitnehmer rechnen. Aber die sitzen ja auch nicht in der Jury, ihnen gehört der Friedenspreis nicht.

GEORGI: Wenn ich auf die konkrete Frage antworten soll, "Wem gehört die Frankfurter Buchmesse?": Alleiniger Gesellschafter der Frankfurter Buchmesse ist der Börsenverein. Damit ist diese Frage beantwortet. Aber das ist natürlich eine formale Antwort, und wie wollten Sie auf Ihre Frage nicht haben. In dem Sinne, in dem Sie das Wort "gehören" gebraucht haben, gehört die Frankfurter Buchmesse dem Buchhandel der gesamten Welt und allen Menschen, die bei der Entstehung von Büchern, die an der Verbreitung von Büchern oder an dem Verbrauch von Büchern interessiert sind. Allen diesen Menschen gehört in diesem Sinne, in dem Sie es gebraucht haben, die Frankfurter Buchmesse. (...) Es ist zweifellos richtig, daß im Börsenverein die Angestelltenschaft nicht vertreten ist. Herr Dr. Unseld vom Suhrkamp Verlag hat den Gedanken gebracht, doch in irgendeiner Form auch eine Mitgliedschaft der Angestellten des Buchhandels im Börsenverein zu ermöglichen. Ich habe ihm gesagt, ich fände diesen Gedanken sehr schön und er möge doch einmal einen Vorschlag machen, wie man dieses Problem organisatorisch bewältigen könnte. Denn das würde natürlich darauf hinauslaufen, daß bestimmte Mitgliedschaftsrechte verschieden verteilt wären - das ist natürlich immer das Mißliche, wenn in einer Organisation die Mitgliedschaftsrechte verschieden gewichtig sind. Das würde aber unvermeidlich sein, denn es ist nicht denkbar, daß in wirtschaftlichen Fragen des Berufsstandes, deren Konsequenzen ganz allein von den Unternehmern zu verantworten sind, zahlenmäßig das gleiche Mitspracherecht für diejenigen geschaffen wird, die letzten Endes nicht mit in der Verantwortung für die wirtschaftliche Tätigkeit der Unternehmer stehen. Trotzdem könnte ich mir durchaus vorstellen, daß es Möglichkeiten gibt, insbesondere die Wünsche der Mitarbeiter auf verschiedenen Gebieten wie z. B. der Ausbildung oder in den ganzen sozialen Fragen des Berufsstandes zu berücksichtigen, daß man da eine Möglichkeit findet, daß die Arbeitnehmer in diesen Fragen entsprechend ihrem Gewicht und entsprechend ihrer persönlichen Betroffenheit sich organisatorisch auf die Vereinsbeschlüsse auswirken können. Nur man muß sich dabei im klaren sein: Der Börsenverein ist keine politische Organisation, sondern ist ein letzten Endes wirtschaftlicher Zusammenschluß und lebt davon, daß die Mitglieder in politischen Fragen sich gegenseitig tolerieren.

KUHLMANN: Was heißt gegenseitig tolerieren, wenn Sie Demonstrationen verbieten?

GEORGI: Wenn einer auf der Frankfurter Buchmesse einen Stand mietet und bezahlt und es finden also irgendwelche Diskussionen oder so etwas, die mit seiner Verlagsproduktion gar nichts zu tun haben, vor seinem Verlagsstand statt, so daß das Publikum und die Buchhändler zu seinem Stand nicht mehr durchkommen können, dann ist die Messearbeit des betreffenden Verlegers beeinträchtigt.

SCHWENGER: Würden Sie unterstellen, daß die Diskussionen, die 1967 vor dem Stand der "Welt der Literatur" stattgefunden haben und die sich auf die Rolle dieser Zeitung bezogen haben, nichts zu tun haben mit der Produktion dieses Verlages?

GEORGI: Aber das ist ja ein ganzer Trakt von ausstellenden Verlagen, der dadurch praktisch bestimmte Zeit aus der Messe ausgeschaltet worden ist.

GOTTSCHALCH: Die Antwort, die Herr Georgi auf die Frage "Wem gehört die Buch-

messe" gegeben hat, halte ich für eine recht unternehmerbewußte Antwort. Sie ist ohne Zweifel richtig. Solange wir die Wirtschaftsverfassung haben, die wir im Augenblick besitzen, so lange wird jeder Unternehmer, also auch der Buchhändler, Kommandogewalt in seinem Betrieb haben. Das muß man ganz nüchtern aussprechen. Die Frage ist dann, wie weit kann eine Organisation wie der Börsenverein, die letzten Endes ja nur eine Firmenvertretung ist und als Firmenvertretung auch notwendig ist und ihre Berechtigung hat, wie weit kann eine solche Vereinigung heute noch beanspruchen, nicht nur die Firmen mit ihren Wirtschaftsinteressen zu vertreten, sondern darüber hinaus auch noch die Buchhändler in ihrer Gesamtheit, also einschließlich der Arbeitnehmer, und schließlich - wie es ja auf der Buchmesse schließlich geschieht - auch den Bücherleser. Auch dessen Interessen sollen ja dort, wie ich dem von Herrn Schwenger zitierten Brief entnommen habe, mehr oder weniger vertreten werden. Ich selbst bin dagegen der Auffassung, daß der Börsenverein eine reine Firmenorganisation bleiben soll und daß zur Institutionalisierung der Konflikte, die in unserer Gesellschaft unvermeidlich sind, die Arbeitnehmer im Buchhandel ihre eigene Organisation haben sollten. Es ist nicht gerechtfertigt, wenn ein Firmenverband meint, er würde das Interesse aller in diesem Wirtschaftszweig Beschäftigten vertreten können. Das ist so ähnlich, wenn Politiker vom Allgemeinwohl reden. Gustav Radbruch, früher Sozialdemokrat und nach 1945 einer der Gründer der CDU, hat einmal sehr richtig gesagt, das Gerede vom Gemeinwohl in der Politik sei die Lebenslüge des Obrigkeitsstaates. Genauso kann man sagen, daß das Reden von der Partnerschaft in der Wirtschaft, im Betrieb die Lebenslüge des Unternehmerstandpunktes sei. Ich will dabei den Leuten, die davon reden, gar nicht unterstellen, sie wollten bewußt jemanden betrügen. Ich bezweifle gar nicht, daß es genug Leute gibt, die an diese Illusion, die sie anderen vormachen, selbst glauben. Mir geht es nicht um diese moralische Wertung, sondern mir geht es einfach darum, die Einsicht in diesen Sachverhalt zu geben. - Nun zu der Frage, wie weit der Börsenverein eine politische Organisation sei. Man muß sich da erst einmal darüber unterhalten, was das überhaupt ist: politisch. Ich meine, politisch ist all das, was in der Öffentlichkeit umstritten ist. Da kann nicht der Börsenverein von sich aus bestimmen, ob das, was er tut und unterläßt, politisch ist, sondern er muß es sich gefallen lassen, wenn er an die Öffentlichkeit herantritt, daß die Öffentlichkeit bestimmt, ob das, was er tut oder unterläßt, politisch ist oder nicht. Damit verbunden ist dann das Problem der Toleranz, das Problem der Neutralität. Die Frage ist, ob der Buchhändler gleichgültig bleiben kann hinsichtlich der Ware, die er auch auf der Frankfurter Messe demonstriert. Und da muß man doch mal ganz deutlich aussprechen, daß manche Ware, die im Buchhandel verkauft wird, doch ziemlich eindeutig auf Mord hinausläuft. Ich denke beispielsweise an rassistische Bücher, an militaristische Bücher. Ich bin nicht der Auffassung, daß man da einem absoluten Toleranz- oder Neutralitätsideal huldigen kann. Neutralität, wenn sie konsequent durchgeführt wird, nützt immer dem Stärkeren, und sie ist im Grunde genommen nichts anderes als ein Vorwand, um politisch nicht Stellung zu nehmen für den Schwächeren, für den Verfolgten. Das gilt auch, wenn ich neutral bleibe, wenn da irgendwelche Verleger und Konzerne Publikationen anpreisen, in denen für die Verstärkung und die Verbreitung von Vorurteilen geworben wird, die dann ebendoch schlimme Konsequenzen haben müssen. Und das wissen wir heute ja ganz genau; das wußten unsere Väter vor 1933 vielleicht noch nicht so genau, aber wir können heute nicht mehr sagen, daß das bloß eine literarische Angelegenheit ist, ob die die Juden mögen oder nicht, die Neger mögen oder nicht, die Studenten mögen oder nicht, und wer sonst solche von Vorurteilen anvisierte Gruppen in unserer Gesellschaft sind. Für den Börsenverein gibt es natürlich einen Ausweg, indem er sagt: Wir sind eine rein wirtschaftliche Organisation, uns kommt es darauf an, den Buchhändlern - und zwar allen Buchhändlern - zu helfen, möglichst viel Geld zu verdienen; wenn das der Fall ist, dann müssen Sie eine geschlossene Messe machen, dann dürfen Sie niemanden auf dieser Messe zulassen, der nicht als Firmeninhaber am Buchhandel verdient. Dann müssen Sie die Öffentlichkeit ausschließen. Wenn Sie aber vor der Öffentlichkeit irgendetwas demonstrieren, irgendetwas zeigen, müssen Sie damit rechnen, daß Menschen aus dieser Öffentlichkeit gegen das dort Gezeigte auch demonstrieren. Das halte ich für gerechtfertigt, in vielen Fällen sogar notwendig.

DOMZALSKI: Eine direkte Frage dazu: Gibt es nicht im Börsenverein sowohl für den An -

zeigenteil des Börsenblatts als auch für die Buchmesse ganz bestimmte Regelungen, wonach Bücher rassistischen, nazistischen Inhalts und Bücher, die den Krieg verherrlichen, von der Buchmesse und von der Werbung im Börsenblatt ausgeschlossen sind?

GEORGI: Das wäre zwar wunderbar, wenn wir das machen könnten, aber das können wir nicht machen. Wir hätten dann sofort eine Klage der Beteiligten am Halse und fallen damit auf den Bauch.

SCHWENGER: War es aber nicht so, daß vor fünf, sechs Jahren ein neonazistischer Verleger aus Hannover von der Messe mußte?

GEORGI: Das liegt zehn Jahre zurück, nicht wahr, und da haben sich einige mannhafte Buchhändler gefunden und haben einen Neo-Nazi-Verlag rausgeschmissen, ja.

SCHWENGER: Und letztes Jahr haben sich einige mannhafte Studenten und Buchhändler gefunden, die den Springer von der Messe schmeißen wollten. Das für mich Bedenkliche daran ist, daß für Sie, der Sie im Dritten Reich im Widerstand waren, natürlich die Vertreibung neonazistischer Verlage von der Messe ein Akt von "Mannhaftigkeit" war, wie Sie sagen, daß sie aber nicht in der Lage waren, die Aktionen, die auf der letzten Messe gegen Springer und gegen den südafrikanischen und den griechischen Repräsentationsstand erfolgten, auch als Akte von "Mannhaftigkeit" zu begreifen. Stattdessen hat der Börsenverein dazu eine sehr scharfe, eine sehr unangenehme Erklärung herausgegeben. Übrigens müssen wir auch unterscheiden zwischen Ständen, die auf der Buchmesse von Einzelfirmen unterhalten werden und den Ständen nationaler Repräsentanz, wie dem griechischen und dem südafrikanischen. Ich meine, daß hier der Börsenverein die Möglichkeit hätte zu prüfen, ob er bestimmten Ländern abschlagen will, mit nationalen Repräsentationsständen zu erscheinen.

GEORGI: Ja, ich will Ihnen da etwas aus der Geschichte der Frankfurter Buchmesse erzählen. Die Frankfurter Buchmesse ist 500 Jahre alt, und sie mußte vor etwa hundert, hundertfünfzig Jahren aus Frankfurt weggehen, weil in Frankfurt nicht mehr absolute Meinungsfreiheit herrschte und eine Zensur ausgeübt wurde über das, was dort ausgestellt wurde. Dieser Zensur entzog sich der Buchhandel und ging nach Leipzig. Dann ist erst nach dem Kriege die Messe in Frankfurt neu erstanden. In Leipzig wurde die Freiheit und der absolute Messiefrieden garantiert. Sie müssen sich vorstellen, wie das vor hundert Jahren war, wenn man zur Messe durch mehrere Staaten durchreisen mußte. Früher wurde deshalb alles, was man da mitbrachte zur Frankfurter Buchmesse, subsumiert unter den Begriff Messiefrieden, und jeder konnte mit jedem Buch dorthin kommen und es ausstellen, und davon hat die Frankfurter Buchmesse überhaupt gelebt. Und nun kann sich jetzt der Börsenverein in keine Form der Zensur von Verlagserzeugnissen einschalten, sondern er muß - solange diese Bücher mit den gesetzlichen Bestimmungen, unter denen wir leben, im Einklang stehen - muß er diese Messearbeit ermöglichen.

GOTTSCHALCH: Ich habe nicht verlangt, daß der Börsenverein eine Zensur ausübt. Ob der Börsenverein eine Zensur ausübt oder nicht, ist tatsächlich eine Frage der Mitgliederversammlung. Ich bin nur der Auffassung, wenn der Börsenverein seinen Mitgliedern die Möglichkeit gibt, öffentlich mit Büchern zu demonstrieren, dann muß er es sich gefallen lassen, daß dort andere Menschen auftreten und dagegen demonstrieren. Das ist nur eine Konsequenz des öffentlichen Auftretens.

WAGENBACH: Natürlich hat der Börsenverein eine Zensur. Wenn bis vor Jahresfrist das Wort DDR im Börsenblatt nicht gebraucht werden durfte, so war das ohne Zweifel eine illegale Zensur, da es ja kein Gesetz gab, das den Gebrauch des Wortes DDR verbot. Sie zwingen so Herrn Georgi etwas zu sagen, was er selber nicht glaubt. (...) Es ist auch Ideologie, wenn da gesagt wird, der arme Verleger, der da seinen Stand bezahlt, der muß auch das Recht haben, da zu arbeiten. Es wird doch Eintritt erhoben, das Publikum bezahlt doch Eintritt; wo geht denn das hin? Es ist einfach nicht wahr, daß der Verleger auf der Messe das Recht hat, weil er den Stand bezahlt. Hinzu kommt, daß die Standmiete durch die Publizität und die Werbung für den Verleger praktisch schon abgelöst ist. Es ist doch nicht so, daß man ein Stückchen Raum bezahlt und dafür schwer arbeiten muß, daß man das wieder reinkriegt. (...) Wenn da immer gesagt wird, es gehe alles so demokratisch zu, dann möchte ich doch noch mal auf dieses Schreiben zurückkommen, das hier vorgelesen wurde. Wir haben das ja alle bekommen, wir Verleger und wahrscheinlich auch die Sortimentler. So sieht die Praxis eben aus, daß man als Verleger

einen Brief bekommt, da steht fünfmal das Wort Hausrecht drin und Maßnahme, und ich weiß nicht was alles. Das ist doch ein Vokabular, das diesem schönen familiären Ton, den wir sonst hören, daß wir doch alle eine Familie im Buchhandel sind, strikt widerspricht.

CRAM: Bei der Erörterung des Themas Demonstrationsrecht wird fast immer der Fehler gemacht, daß man sagt, durch das Recht zur Meinungsfreiheit ist das absolute, jederzeitige, für jeden Platz geltende Demonstrationsrecht begründet. Das ist nicht ganz richtig. Denn die Demonstrationen neuen Stils, wie sie von der APO entwickelt werden, sind nicht nur eine Meinungskundgebung, sondern darüber hinaus eine Erweckung von Aufmerksamkeit, verbunden mit Störungen und teilweiser Schaffung eines fait accompli. Man kann mit Demonstrationen also sehr viele Dinge machen, die weit über das hinausgehen, daß man sagt, wir sind hier und wir sind alle dieser Meinung. Man kann einen Staatsbesuch verhindern, oder man hat zum Beispiel diskutiert, ob man nicht den Verkehr zwischen der Bundesrepublik behindern kann durch eine Demonstration auf dem Avuskleeblatt. Stellen Sie sich etwa vor, man ist unzufrieden mit den Geschäftspraktiken eines Tulpenzüchters, demonstriert dagegen, und zwar wo? Auf dessen Tulpenfeld. Da ist Meinungsäußerung eben nicht einfach Meinungsäußerung, sondern ein Gewaltakt. Das Wort Gewalt ist ja ein Wort der APO.

SCHWENGER: Das ist nicht richtig. Gegengewalt ist ein Wort der APO.

CRAM: Das ist Dialektik. Genau dasselbe gilt doch für die Demonstrationen auf der Messe. Natürlich steht es jedem Messebesucher frei, in geeigneter Form seine Meinung kundzutun über ein Buch, er kann das Buch zum Beispiel nicht kaufen oder man kann in der Öffentlichkeit darauf hinweisen, was für eine Schweinerei das ist, daß solche Bücher gedruckt und verlegt werden...

ZWISCHENRUF: Und was für eine Schweinerei das ist, daß sie ausgestellt werden!

CRAM: Etwas anderes ist es aber, wenn man eine Störaktion macht, die nicht nur den betreffenden Verlag, sondern auch die ganze Messe schädigt, und das ist im letzten Jahr der Fall gewesen.

GMELIN: Ich nehme an, daß die Buchmesse ausgehen wird wie das Hornberger Schießen, egal ob da irgendwelche Demonstrationen stattfinden oder nicht. Ich glaube nicht, daß Demonstrationen zu irgendetwas führen als zu einer partiellen Machtabgabe der Unternehmer an die sonst im Buchhandel Beteiligten, wenn nicht tatsächlich eine Theorie über den Buchhandel da ist. Wie ich den Diskussionen hier entnehme, ist einfach nichts da auf diesem Gebiet.

v. SEEFELD: Dann müssen wir also von Ihnen wissen, was Sie nun wollen, Herr Schwenger. Wollen Sie, daß der Börsenverein wie bisher weitermacht, und nur innerhalb des Börsenvereins wiederum Gegengruppen da sind für bestimmte Fragen, gegen die Unternehmer?

SCHWENGER: Ich hielte es für die sauberste Lösung, wenn der Börsenverein auf die Linie zurückginge, daß er ein Unternehmerverband ist und Unternehmerinteressen vertritt und nur sie. Für die Dinge, die im Interesse des gesamten Buchhandels geschehen, brauchen wir neue Institutionen, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch vertreten sind.

ALMES: Man könnte aber auch den umgekehrten Weg gehen: Daß in die Gremien des Börsenvereins Vertreter der Angestellten und der Schriftsteller hineingenommen werden. Für den jetzigen Börsenverein bleibt als Konsequenz, daß sich ein reiner Arbeitgeberverband bildet. Damit wird der Börsenverein freigemacht von seiner Funktion als Arbeitgeberverband, freigemacht für alle, die im Buchhandel Interessen haben, die im Buchhandel mitbestimmen wollen, die das Gesicht des Buchhandels bestimmen. Der Börsenverein nimmt in Anspruch, das Gesicht des Buchhandels zu bestimmen; folglich müssen wir auch mit hinein. Ich stelle mir vor, daß drei Gruppierungen da sind: Gewerkschaft, Arbeitgeberverband, Autorenvertretung. Da möchten wir mitreden, da möchten wir unseren Platz haben.

**Was kostet die Welt?
Viel weniger
als Sie denken!**

**Eine unerreichte Leistung
Ersiklassiges Renditeobjekt**

Hervorragend geeignet für risikolose Anlage, hohe Überschüsse, da enorm steuerbegünstigt; einmalig auf dem Kontinent, konkurrenzlos!

Gesamtgröße ca. 50.000 ha, ca. 52° N / 13° O; in ehem. Urstromtal, daher Tiefbrunnen in allen Hauptstrassen, Waldbestand, Kiesgruben, nach Erdöl wird gebohrt; garantiert zuverlässige Einfriedung (teilw. massiv), Umgebung z. Zt. (seit ca. 20 Jahren) ununterbrochen fremder Verwaltung, jedoch Schutzmächte aller Art vorhanden.

Besichtigung besonders lohnend während der Berliner Bauwochen 1. - 20. Sept. 1968; nur ernstgemeinte Angebote werden entgegengenommen an unserem Informationsstand "Diagnosen zum Bauen in Berlin" am Ernst-Reuter-Platz.

DER HIMMEL IST DIE OBERSTE GRENZE

Mietmöbelwagen
für Selbstfahrer Kl. III
Telefon 43 38 18

Unglaublich aber wahr!
**Alleinvertretung
Vertrauen Sie uns...**

VERKAUFSAZGEIGE
SUCHEN - FINDEN - KAPITALANLAGE - RENDITE - OBJEKT

VERKAUFSAZGEIGE
Freistelle • Direktverkauf • Individuelle günstige Finanzierung • Alle Steuervorteile

POTEMKIN IN WESTBERLIN

1929 antwortete Dr. M. Wagner:



1957 schrieb er zur Interbau 10 offene Briefe:

1960 erklärte Adolf Arndt zu den Bauwochen:

1968 und 1968 heurten wir uns auf diese zwei Kärtchen der Kritik und stellen die...

ESSENZDIAGNOSE

ESSENZDIAGNOSE

ESSENZDIAGNOSE

ESSENZDIAGNOSE

ESSENZDIAGNOSE

ESSENZDIAGNOSE

So verzeihen vollkommen, daß ich Partei politische und wirtschaftliche Interessen nehme. So gibt es politische Gruppen die Wohnungsbau überhaupt kein Interesse haben, weil sie anderen Wohngruppen vorzuziehen Konkurrenz für ihre eigenen Gruppen machen sich eine Hilfe von Aufträgen an Banken, Baufirmen usw. sehen in einer z. z. w. so starken Konkurrenz für die Kraft für den Wohnungsbau eine Gebieten der Kommunalverwaltung, die Ausstattung mit großem Aufwand und großen Kosten. Die Kommissionen sind in der Regel ein Bauprogramm. Die Kommissionen sind in der Regel ein Bauprogramm. Die Kommissionen sind in der Regel ein Bauprogramm.



ESSENZDIAGNOSE

**ZAHLEN
ÜBER DIE
MAN NACHDENKEN SOLLTE**

Drucksache 359 des Abgeordnetenhauses von Westberlin
Verschiedener Etat des Ressort Hochbau für 1969:
156 Objekte wurden in folgender Weise vergeben:

Behördeneigenbau 96 Objekte
Rate 1969 58 617 000 DM = 31,85 %
Gesamtvolumen 251 571 000 DM = 25,67 %

Freihandvergabe 54 Objekte
Rate 1969 118 875 000 DM = 64,61 %
Gesamtvolumen 651 687 000 DM = 66,49 %

Beschränkte Wettbewerbe 3 Objekte
Rate 1969 6 200 000 DM = 3,37 %
Gesamtvolumen 46 500 000 DM = 4,74 %

Öffentliche Wettbewerbe 3 Objekte
Rate 1969 300 000 DM = 0,16 %
Gesamtvolumen 30 400 000 DM = 3,1 %

Freie interdisziplinäre Planungsgruppen 0,0 %

Wir fordern öffentlich kontrollierte Vergabe!
"Diagnose zum Bauen in Westberlin"
Ausstellung am Ernst-Reuter-Platz
8.-20.9.

BERLIN

Bevölkerungsabnahme:	Ende 1965:	2 197 500	- 12 000
	Ende 1966:	2 185 300	- 24 000
	Ende 1967:	2 161 500	- 23 800
Zu- und Abwanderung:	1964:	26 000	mehr Zu- als Ab-Wanderer
	1965:	10 500	mehr Zu- als Ab-Wanderer
	1966:	1 500	mehr Zu- als Ab-Wanderer
	1967:	7 500	mehr Ab- als Zu-Wanderer
Personen über 65 Jahre:	Fehr. 1965:	150 270	= 21 %
	Hambtng:		= 15 %
	Bundesrepublik:		= 12 %

WAR NOCH NIE

Wie sieht es damit aus in diesem Jahr ?? Und 1970 ?? 1980 ?????
Welche Konsequenzen zieht der Senat aus dieser Entwicklung ?????
Fehlt es an Wohnungen oder an einer Politik mit Zukunftschancen ?

SO JUNG

Kommt ! Seht ! Diskutiert !
Ausstellung zu den Bauwochen am Ernst-Reuter-Platz
"Diagnose zum Bauen in West-Berlin"



===== bestellschein =====

Ich bestelle ab 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 6.00 plus Luftpostzuschlag). Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, 1 Berlin 12, Kontonummer 4712, (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:

WOHNORT:

STRASSE:

DATUM: UNTERSCHRIFT: